HESSEN REPORT

APRIL 2023

DER AfD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Robert Lambrou im Interview über das Scheitern der Hessischen Landesregierung

Schwarz-Grün *hinterlässt einen Scherbenhaufen!*

Seite 12

Als AfD sind wir die einzige Oppositionsfraktion, die noch bürgerlich-konservative und freiheitliche Werte vertritt.

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Hessen,

ich freue mich, Ihnen diese Ausgabe der Zeitschrift „HESSEN REPORT“ präsentieren zu können. In diesem Fraktionsmagazin sprechen wir über wegweisende Meilensteine in der Geschichte der AfD und ihrer hessischen Fraktion sowie über umwälzende historische Ereignisse in Hessen, Deutschland und Europa.

Vor gut zehn Jahren, am 6. Februar 2013, wurde die AfD in Oberursel (Taunus) gegründet. Von dieser südhessischen Stadt aus nahm eine beispiellose Entwicklung der jüngeren deutschen Geschichte ihren Anfang. Keine freiheitlich-konservative Parteineugründung war derart erfolgreich. Keine junge Partei hat in so kurzer Zeit derartige Erfolge in unserem Land errungen. Offenkundig entsprach die AfD der Sehnsucht vieler Menschen nach einer bürgerlichen Partei, die soziale Marktwirtschaft mit einer Orientierung an der klassischen Familie, der Stärkung von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, der Förderung direkter Demokratie und einer patriotischen Grundhaltung verbindet.

Gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig der Einsatz für die Grund- und Freiheitsrechte gewesen war. Im Zuge der sogenannten Corona-Maßnahmen wurden rechtsstaatliche Prinzipien in einer Weise außer Kraft gesetzt, die man bis vor kurzem in der Bundesrepublik Deutschland für unvorstellbar gehalten hätte.

Die AfD war seit ihrem Einzug in den Hessischen Landtag durch die Wahl am 28. Oktober 2018 die starke parlamentarische Stimme aller Bürger, die sich mit diesen Zuständen nicht abfinden wollten. Für uns als hessische AfD-Fraktion geht daher nicht nur unsere erste Legislaturperiode zu Ende, sondern wir blicken auf fünf Jahre zurück, die von großen politischen Auseinandersetzungen geprägt waren.

Das Versagen der Hessischen Landesregierung manifestiert sich in einer Dauerkrise, wie man sie in unserem Land lange nicht erlebt hat. Auf den mit dem Corona-Virus begründeten Ausnahmezustand folgte eine multiple Energie-, Inflations-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Migrationskrise, die mit links-grünen Rezepten nicht zu bewältigen ist.

Vielmehr waren es gerade die gescheiterte Energiewende, eine unverantwortliche Finanzpolitik, die Abkehr von vernünftigen marktwirtschaftlichen Prinzipien, die Vernachlässigung der öffentlichen Ordnung und die Förderung ungeregelter, oft illegaler Einwanderung, die diese Verfallserscheinungen erst herbeigeführt haben.

Hessen steht daher vor großen und schweren Herausforderungen, die die schwarz-grüne Landesregierung zu verantworten hat. Ein tristes „Weiter so“ und ein konzeptionsloses „Wir schaffen das“ darf es nicht mehr geben. Unser Land braucht eine entschlossene Kehrtwende! Und das geht nur mit der AfD.

Vor uns liegt noch ein weiter Weg. Die vorliegende Zeitschrift stellt einige der vielen kleinen Schritte vor, die wir auf diesem gehen, und verschafft Ihnen eine Übersicht über zentrale Themen unserer parlamentarischen Arbeit.

Ich lade Sie ein, sich über die Initiativen, Ideen und Konzepte der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag zu informieren, und wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Robert Lambrou
Fraktionsvorsitzender

Schwarz-Grün *zerstört die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen Hessens!*

Seite 4

Planwirtschaft 2.0! *Soziale Marktwirtschaft in Gefahr?*

Seite 7

Wir müssen uns jetzt für **unsere Jugend** *starkmachen!*

Seite 16

Sogar hessische **SPD-Kommunalpolitiker kritisieren Faesers** *radikale Migrationspolitik*

Seite 19

Die Sanktionen *haben unserem Land mehr geschadet als Russland*

Seite 21

Fotos: IMAGO / Michael Schick und BildFunkMV

DIE ENERGIEKRISE FOLGT AUS DER LINKS-GRÜNEN ENERGIEWENDE

Schwarz-Grün *zerstört die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen Hessens!*

Deutschland hat die höchsten Strompreise weltweit. Im April 2022 mussten die Bürger mindestens 40,6 Cent pro Kilowattstunde (kWh) zahlen. Damit gehen auch enorme Gaspreise einher, weil die Gasverstromung zur Deckung des Bedarfs weiterhin notwendig ist. Ein Vier-Personen-Haushalt muss derzeit beim Abschluss eines neuen Vertrags mit Kosten von fast 10.000 Euro für Strom und Gas rechnen. Das sind rund 819 Euro im Monat!
Für diese immense Belastung der Strom- und Gaskunden sind die Bundesregierung und in Hessen die schwarz-grüne Landesregierung verantwortlich, da sie die längst gescheiterte Energiewende noch immer vorantreiben. Ein Ende der Preisexplosion ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den nächsten Monaten drohen weitere Preissteigerungen.

Auch die Industrie muss extreme Stromkosten verkraften. Bereits 2021 zahlten Deutschlands Unternehmen mit 18,13 Cent pro Kilowattstunde den höchsten Strompreis. Im ersten Quartal 2022 stieg er sogar um 80,6 Prozent auf 32,75 Cent pro kWh an. Unsere Unternehmen werden dadurch auf dem Weltmarkt immer weniger konkurrenzfähig. Besonders die Metall- und Elektro- sowie die Chemieindustrie sind von der Energiepreiskrise betroffen. Laut einer Umfrage von Gesamtmetall unter den Mitgliedsfirmen der Arbeitgeberverbände der M+E-Industrie leiden 97 Prozent erheblich unter den Kostensteigerungen bei Energie und energieintensiven Vorleistungen. Jeder sechste Betrieb sieht sogar seine Existenz gefährdet. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander warnte daher eindringlich: „Die Energiekrise trifft die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie mit voller Wucht – und zwar über alle Branchen und Größen hinweg. Von einer stabilen Lage kann absolut keine Rede sein.“ Eine Gasmangellage würde die Probleme noch weiter verschärfen. Fast jedes fünfte Unternehmen erwägt daher, energieintensive Bereiche ins kostengünstigere Ausland zu verlegen. Wie eine Ifo-Umfrage für die Stiftung Familienunternehmen ergab, plant ein Viertel aller Unternehmen wegen der Energiepreise den Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland. 57 Prozent gaben an, geplante Investitionen zu verschieben, und 17 Prozent wollen energieintensive Geschäftsfelder ganz aufgeben. Der Vorstand der Stiftung, Rainer Kirchdörfer, sprach von einem Alarmsignal: „Wir sehen seit einiger Zeit eine schleichende Verlagerung industrieller Wertschöpfung. Dies werden wir als Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust erst in Jahren spüren – dann aber unumkehrbar.“
Besondere Aufmerksamkeit erregte im vergangenen Jahr die BASF: Nachdem der Chemieriese im dritten Quartal 2022 in Deutschland Millionenverluste hinnehmen musste, hat er angekündigt, sich künftig verstärkt nach China zu orientieren. In der Metropolregion Rhein-Neckar könnte diese Schwerpunktverlagerung des nach Umsatz weltgrößten Chemiekonzerns Tausende Arbeitsplätze gefährden.
Die besorgniserregende Abwanderung unserer Schlüsselindustrien beschleunigt sich zunehmend. Dabei wirken mehrere verhängnisvolle Faktoren zusammen, denn zur Energiekrise kommen überzogene bürokratische Auflagen und der zunehmende Fachkräftemangel hinzu. Letzterer wird sich in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren dramatisch verschärfen, wenn die geburtenstarke Generation der Babyboomer ins Rentenalter eintritt.
Vielen Branchen und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen ist eine Auslagerung ihrer Kapazitäten nicht möglich; sie sind deshalb noch stärker in ihrer Existenz bedroht und müssen oft ganz aufgeben. Mit ihnen schwinden nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch in Jahrzehnten oder gar in Jahrhunderten gewachsene Traditionen.

BORIS RHEIN (CDU) REGIERT TROTZ DER SICHTBAREN NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN GRÜNER POLITIK WEITERHIN IN EINER KOALITION MIT EBEN DIESEN GRÜNEN!

IMAGO / Michael Schick

Für unser Bundesland ist ein solcher Verlust besonders bedrohlich, denn mehr als 99 Prozent der hessischen Unternehmen gehören dem Mittelstand an. Sie haben eine „zentrale Bedeutung für Beschäftigung und Ausbildung, Versorgung, Innovationen und Wirtschaftsleistung“. Damit sind sie „das Rückgrat der hessischen Wirtschaft“. Eine weitsichtige Wirtschaftspolitik würde diesen „Jobmotor Nummer eins“ pflegen. Stattdessen betreibt die Landesregierung, gemeinsam mit der rot-gelb-grünen Bundesregierung, wissentlich und willentlich die Deindustrialisierung Deutschlands. Sie zerstört unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherheit und die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen.

Aufgrund des wachsenden Anteils „erneuerbarer“ Energiequellen wird es überdies vermehrt zu Blackouts kommen – mit fatalen Folgen. Die in einem Industrie- und Hochtechnologieland nötige Sicherheit der Stromnetze ist immer weniger gewährleistet. Laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft besteht ab diesem Jahr eine Unterdeckung der Energieversorgung. Damit steigt auch die Abhängigkeit von ausländischen Anbietern, insbesondere von solchen, die Atomstrom nutzen. Während sich die Ampel-Koalition und die schwarz-grüne Landesregierung ihrer Energiewende rühmen, beziehen wir teuren Strom aus den Kern- und Kohlekraftwerken unserer Nachbarländer.

Die volatile, unsichere Windenergie bewirkt auch einen enormen Flächenverbrauch. Um die jährliche Strommenge eines Kernkraftwerkes zu ersetzen, benötigt man rund 3.000 Windturbinen auf einer etwa 500-mal so großen Fläche. Das heißt: Zum Ausgleich für ein einziges Kernkraftwerk müsste man 1.012 Quadratkilometer bzw. fast 40 Prozent des gesamten Saarlandes mit Windrädern zustellen! Durch diesen unverantwortlichen Raubbau gehen Wälder, Naturschutz- und Naherholungsgebiete verloren; unsere einstmals schönen hessischen Landschafen verwandeln sich in triste, „verspargelte“ Einöden. Auch das ist eine Folge der angeblich so „ökologischen“ Energiewende. Sie resultiert aus einer völligen Verengung des Blickwinkels. Während wir als AfD Natur- und Landschaftsschutz ganzheitlich begreifen, reduzieren ihn die Altparteien nur noch auf die beinahe zum Fetisch gewordene Klimapolitik. Auch der Tierschutz ist den Klimaideologen offenbar gleichgültig: Jährlich sterben rund sechs Prozent aller Mäusebussarde und drei Prozent der Rotmilane in Deutschland durch Zusammenstöße mit Windrädern. Es handelt sich dabei um viele Tausende dieser großen und immer seltener werdenden Greifvögel. Auch die Verluste bei der Fledermauspopulation sind erschreckend. Noch weniger scheren sich die Anhänger der Klimareligion aber um die ca. 1,2 Billionen Insekten, die der Windenergie jedes Jahr zum Opfer fallen. Auch sie sind ein Teil unseres Ökosystems. All diese Opfer sind jedoch völlig überflüssig, denn an der jährlichen globalen Zunahme von 0,000243 Prozent CO_2 ist Deutschland nur zu 1,85 Prozent beteiligt. Das macht insgesamt 0,0000045 Prozent aus. Für das Weltklima ist dieser Anteil irrelevant. Unser Ausstieg aus der Kohleenergie ist daher bedeutungslos. Trotzdem misst die schwarz-grüne Regierung dem Kampf gegen den „Klimawandel“ höchste Priorität zu. Überdies ist CO_2 auch nicht per se schädlich, sondern für das Wachstum der Pflanzen unverzichtbar. Ein etwas höherer CO_2-Anteil steigert die landwirtschaftlichen Erträge und verbessert die globale Ernährungslage. ■

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

DIE ENERGIEKRISE FOLGT AUS DER LINKS-GRÜNEN ENERGIEWENDE

Als AfD-Fraktion vertreten wir im Hessischen Landtag daher folgende Positionen:

- **Strom muss bezahlbar**, zuverlässig verfügbar und umweltfreundlich sein – für die Wirtschaft ebenso wie für Privathaushalte.

- Dazu bedarf es eines technologieoffenen Zusammenspiels von **Gas-, Kern- und Kohlekraftwerken**. Steuerbare Stromerzeuger müssen jederzeit die Spitzenlast von über 80 GW abdecken können.

- Hessen muss sich deshalb für den **Weiterbetrieb** der sicheren und umweltfreundlichen **deutschen Kernkraftwerke einsetzen**. Derzeit befürworten 57 Prozent der Deutschen die Rückkehr zur Kernenergie. Die AfD vertritt diese Mehrheit als einzige Partei im Hessischen Landtag. Mittelfristig werden hochmoderne Thorium- bzw. Flüssigsalzreaktoren, die abgebrannte Brennstäbe verbrauchen, auch die Frage nach der Endlagerung von „Atommüll“ überflüssig machen. Wir setzen uns dafür ein, die Erforschung von Reaktoren der neuesten Generation zu fördern.

- Da Hessen mit dem Flughafen Frankfurt und den Rechenzentren des Rhein-Main-Gebiets über eine Infrastruktur von nationaler Bedeutung verfügt, muss unser Land durch eigene Kraftwerke einen wesentlichen Beitrag zu seiner **Versorgungssicherheit** leisten. Derzeit importiert es jedoch über die Hälfte seines Stroms.

- Der weitere **Ausbau der Windenergie** ist aufgrund ihrer Ineffektivität, Unzuverlässigkeit und Umweltschädlichkeit **abzulehnen**.

- Der **Gasimport** ist für die hessische Industrie unverzichtbar. Daher fordern wir, dass in der derzeitigen kritischen Situation die Mehrwertsteuer auf Gas ausgesetzt wird. Hessen sollte sich auf Bundesebene auch dafür einsetzen, dass Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird.

- E-Mobilität wird ein kostspieliges Elitenprojekt reicher Nationen bleiben. Ein vollständiger Umstieg würde in den Förderländern der Rohstoffe für die benötigten Lithiumakkus zu großen ökologischen Problemen führen. **Der Verbrennungsmotor ist auf lange Sicht global nicht ersetzbar**, auch wenn das EU-Parlament sich im Februar für ein Verbot von Verbrenner-Neuzulassungen ab 2035 aussprach.

- Auch in Deutschland gibt es erhebliche Gasvorkommen. Laut dem Erdgas-Bundesverband verfügt unser Land über mindestens 32 Mrd. Kubikmeter Erdgasreserven, die wahrscheinlich oder sicher gefördert werden könnten. Das Gesamtpotenzial ist weitaus höher. Anstatt überteuertes Fracking-Gas aus den USA zu importieren, könnten diese **heimischen Gasvorräte** auf ökologisch schonende Weise erschlossen werden.

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

EU-TAXONOMIE UND REGULIERUNGSWAHN BEDROHEN WOHLSTAND UND FREIHEIT

Soziale Marktwirtschaft in Gefahr? Es droht **Planwirtschaft 2.0!**

„Niemand hat die Absicht, die soziale Marktwirtschaft abzuschaffen.“ Pro forma bekennen sich alle ernstzunehmenden politischen Kräfte zu ihr.
Allein der Begriff der sozialen Marktwirtschaft trägt schon viel Wahrheit in sich, denn das entscheidende Substantiv ist die Marktwirtschaft, während sozial als Adjektiv beschreibt, dass diese Marktwirtschaft um Mechanismen des sozialen Ausgleichs erweitert werden muss, was heutzutage kaum noch jemand in Frage stellt. Was dabei nur allzu oft vergessen wird: Ohne Marktwirtschaft gibt es gar keine hinreichende Wertschöpfung, um den sozialen Ausgleich überhaupt zu ermöglichen.
Ohne Marktwirtschaft sind zwar vermeintlich alle Menschen gleich, aber eben gleich arm!

Gute Wirtschaftspolitik ist immer Ordnungspolitik, die sich auf das Setzen der richtigen Rahmenbedingungen konzentriert. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und schon gar in der Lage, komplexe Märkte mit Millionen Bürgern und Unternehmen zu lenken. Stattdessen finden wir uns bei diesen vergeblichen Versuchen regelmäßig in einer „Interventionsspirale“ wieder. Das bedeutet, staatliche Markteingriffe nehmen immer mehr zu, weil sie negative Seiteneffekte vorangegangener staatlicher Markteingriffe zu korrigieren versuchen. Konkret äußert sich das in einem immer komplizierteren Wechselspiel von Regulierungen, Vorschriften und Gesetzen einerseits und ebenso unüberschaubaren Förderprogrammen andererseits. Ganze Beraterbranchen leben ausschließlich davon, den Unternehmen und Bürgern zu helfen, an Steuerzahlergeld zu kommen, um Investitionen zu finanzieren, die sie ohne staatliche Gängelung gar nicht tätigen würden.
Allzu oft fehlt bei Förderprogrammen und Subventionen eine systematische Erfolgskontrolle. In Hessen ist es ein handfester Skandal, dass die Landesenergieagentur zum Zweck des sogenannten „Klimaschutzes“ zwar jedes Jahr Hunderte Projekte „anschiebt“, die mit vielen Millionen Euro Steuerzahlergeld gefördert werden, es aber keine systematische Erfassung von geplanten CO_2-Einsparungen, tatsächlichen CO_2-Einsparungen und vor allem den entsprechenden Kosten bzw. Investitionen pro Tonne eingespartem CO_2 gibt. Verantwortungsloser kann man mit Steuerzahlergeld kaum umgehen.
Dieser politisch gewollte oder hingenommene Blindflug verblasst aber angesichts des Größenwahns der – wie könnte es anders sein? – die EU befallen hat. Gemeint ist hier die sogenannte Taxonomie, die nicht weniger zum Ziel hat, als alle wirtschaftlichen Tätigkeiten auf einer Nachhaltigkeitsskala einzuordnen! Ein Unternehmen ließe sich somit theoretisch leicht auf einer Nachhaltigkeitsskala einordnen, und anhand willkürlicher Schwellwerte ließe sich dann auch die Trennlinie zwischen guten, nachhaltigen und bösen, nicht nachhaltigen Unternehmen ziehen und letztere müssen natürlich vom Markt verschwinden. Das Perfide an diesem Regulierungsmonstrum ist, dass die Finanzwirtschaft zum Erfüllungsgehilfen gemacht wird und durch unmittelbare Regulierung von Banken und Versicherungen jedes Unternehmen langfristig der Taxonomie unterfällt, das auf Eigen- oder Fremdkapital angewiesen ist – also praktisch alle. Auch wenn kleine und mittlere Unternehmen (KMU) formal unterhalb der Schwellwerte liegen, werden Großunternehmen diesen Regulierungsdruck an ihre Lieferanten und Dienstleister weitergeben. Auch für KMU gibt es kein Entrinnen und für sie ist der Aufwand viel schwerer zu tragen als für Großunternehmen, sodass die Taxonomie daher auch eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Großunternehmen bewirkt.
Neben dem ungeheuren bürokratischen Aufwand, der auf die Unternehmen zukommt, gibt es zwei elementare Risiken, die beinahe schon Gewissheiten sind. Erstens: Es droht ein gewaltiger Wohlstandsverlust, denn Unternehmen werden sich aufgrund der Bedeutung der Unternehmensfinanzierung für den langfristigen Erfolg und das Überleben des Unternehmens weniger um ihre Kunden und Produkte kümmern. Sie werden sich umso mehr um „Prozesskonformität“ und ein Anschmiegen an die Taxonomie bemühen, um maximal von Subventionen und „Sustainable Finance“ und „Green Bonds“ zu profitieren. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit werden dadurch sinken, wir werden alle ärmer!
Zum Zweiten: Zurzeit steht die Modevokabel „Nachhaltigkeit“ im Vordergrund der Taxonomie, im Grunde ist dieser umfassende Steuerungsrahmen jedoch „agnostisch“.
Das heißt, potenziell könnten auch andere Kriterien nach ähnlichem Schema einfließen, beispielsweise „Soziales“ oder „Diversität“. Wer das für abwegig hält, stelle sich einfach die Frage, für wie abwegig er die Taxonomie an sich vor zehn Jahren gehalten hätte.

> ***Ohne Marktwirtschaft*** sind zwar vermeintlich alle Menschen gleich, ***aber eben gleich arm!***

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten schaffen sich mit der Taxonomie ein Instrumentarium für eine umfassende Steuerung der gesamten Wirtschaft auf politisch gewünschte Ziele hin. Das ist Planwirtschaft 2.0 und der Tod der sozialen Marktwirtschaft in ihrem ursprünglichen Sinn. Man kann zwar erkennen, dass dieser Ansatz zur Wirtschaftssteuerung deutlich elaborierter ist als der klassische Dirigismus der ideologischen Großprojekte „Energiewende“ und „Verkehrswende“, aber diese Verbotsorgien werden ja nicht ersetzt, sondern die Taxonomie kommt nochoben drauf. Die Schlinge zieht sich enger und enger, und unternehmerische und bürgerliche Freiheit bleiben ganz bewusst auf der Strecke. Im englischsprachigen Raum hat sich bereits die Formel eingebürgert: „Go woke or go broke!“ Auf deutsch: „Werde ‚woke‘ oder geh pleite!“ Nur die Alternative für Deutschland stellt sich in Deutschlands Parlamenten und im Hessischen Landtag diesem politischen Machbarkeitswahn entgegen. Bedenken Sie das am 8. Oktober! ■

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

ANDREAS LICHERT

PREISINFLATION UND UNSICHERHEIT TREIBEN UNTERNEHMEN INS AUSLAND

Die Energiewende führt zur **Deindustrialisierung** *Deutschlands*

„Flatterstrom“ und Blackoutgefahr

Die sogenannte Energiewende macht die Stromversorgung unsicher und unbezahlbar. „Flatterstrom“ aus Sonne und Wind ist naturgemäß nur in schwankendem Maß gegeben, und wenn die herrschende Politik aus Kernkraft, Kohle und russischem Gas gleichzeitig aussteigt, ist kaum noch sichere, grundlastfähige Energie gegeben. In ganz Deutschland besteht daher jederzeit die Gefahr größerer Stromausfälle – mit unabsehbaren Folgen für die Bürger, die Wirtschaft und die kritische Infrastruktur. In Wiesbaden wurde deshalb eine Katastrophenschutzabteilung eingerichtet, die im Fall einer Gasmangellage oder eines längeren Stromausfalls die Versorgung „geschützter Gaskunden“ wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Flüchtlingsunterkünfte oder Gefängnisse auf Kosten von Industrie- und Gewerbekunden sicherstellen soll. Nach Angaben der Stadtverwaltung könnten durch die Abschaltung ganzer Stadtviertel aber auch die vermeintlich geschützten Kunden von einem Blackout und Evakuierungen betroffen sein. Die Prognos AG, die für die Bundesregierung die Entwicklung des Strombedarfs bis 2030 analysiert, warnt, dass sogar eine verstärkte Verwendung von Heizlüftern bei einer Gasmangellage das Stromnetz an seine Belastungsgrenze bringt. Ausfälle und Zusammenbrüche seien bereits dann zu befürchten, wenn nur zehn Prozent der gewöhnlich mit Gas beheizten Haushalte auf Heizlüfter zurückgriffen. Es erscheint daher absurd und unverantwortlich, wenn Politiker der Altparteien trotzdem den Einbau von wesentlich stromhungrigeren Wärmepumpen in Häusern fordern oder den Umstieg auf die E-Mobilität vorantreiben, weil dadurch der Leistungsbedarf im Stromnetz deutlich steigen wird. Und gesicherte Leistung durch Großkraftwerke wird durch die politisch gewollte Stilllegung von Kohle- und Kernkraftwerken absehbar massiv reduziert, während die noch im Koalitionsvertrag der Ampel geforderten Gaskraftwerke plötzlich als entbehrlich gelten. Für den energiepolitischen Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Andreas Lichert, zeigt die Planung geheimer Notfalltankstellen für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste, auf welche Einschnitte sich Landes- und Kommunalpolitiker hinter all ihren Schönwetter-Sonntagsreden vorbereiten – ohne eine akute Energieversorgungskrise jedoch tatsächlich bewältigen zu können. „Anstatt die komplexe Problematik an der Wurzel zu bekämpfen und kurzfristig die Gas- und Öllieferemengen aus den traditionellen Versorgungsgebieten zu stabilisieren, anstatt die Bürger aus ideologischer Verblendung weiter mit sinnlosen Boykottforderungen an den Rand des Existenzminimums zu treiben, spielen Scholz, Habeck und Rhein fahrlässig mit dem Leben der Menschen und unserer gesellschaftlichen Stabilität“, führte Lichert aus. „Politik hat immer etwas mit ‚Ernstfalldenken‘ zu tun. Die Durchhalteparolen der Regierungen verhindern jedoch eine angemessene und ungeschminkte Reflexion der Ist-Situation. Probleme zu ignorieren, ist der sicherste Weg, sie nicht zu lösen!“ Die Naturkatastrophe des Ahrtal-Hochwassers hat die Defizite im Katastrophenschutz auf dramatische Weise vor Augen geführt. Weder durch rechtzeitige Warnungen noch durch gut koordinierte Hilfe wurde die Katastrophe für die Bürger abgemildert. Auch wenn das Politik- und Behördenversagen in Rheinland-Pfalz besonders eklatant war, können wir in Hessen in einem solchen Ernstfall wirklich effektive Hilfe durch Politik und Behörden erwarten? Trotzdem verbreiten hessische Politiker die Illusion, die Folgen eines Blackouts einschließlich des Zusammenbruchs der Kommunikations- und Versorgungsnetze beherrschen zu können. In Wahrheit setzen sie Menschenleben aufs Spiel und zerstören unseren Wirtschaftsstandort.

Überlebenskampf in der Industrie

Die Energiekrise bedroht zunehmend unsere heimische Industrie. Vor allem energieintensive Branchen wie die Aluminiumindustrie, Zementwerke oder Stahlhersteller sind gefährdet. Laut einer Umfrage des Industrieverbands BDI sahen 58 Prozent der Betriebe

„Die Energiepreise, die seit dem russischen Angriff auf die Ukraine nach oben geschossen sind, sind ein Handicap für deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Die Gefahr der Abwanderung ist real.“

Industriepräsident Siegfried Russwurm

im September vergangenen Jahres in den hohen Energie- und Rohstoffkosten „eine starke Herausforderung“, für 34 Prozent ging es sogar um die Existenz.[1] Fast jedes zehnte Unternehmen hat die Produktion in Deutschland deshalb gedrosselt oder bereits unterbrochen. 71 Prozent der Betriebe hatten mit Lieferschwierigkeiten und -verzögerungen zu kämpfen. Immer mehr Firmen planen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern oder haben damit schon begonnen. Selbst die Volkswagen AG warnte, dass sie ihre Produktion aus Deutschland verlagern könnte.[2] Auch zu Beginn des Jahres 2023 hat sich die Stimmung nicht wesentlich gebessert, wie die Studie „Energiekrise und Inflation“ des „Herchenbach Supply Chain Institute“ zeigte. [3] Über ein Drittel der befragten Unternehmen bewertete die Energiekrise als bedrohlich. Spürbare Auswirkungen in mindestens einem Teilbereich registrierten 95 Prozent. Leider ist nicht zu erwarten, dass sich die Situation in absehbarer Zeit ändern wird – es sei denn, es kommt endlich zu einer Kehrtwende in der Energie- und Wirtschaftspolitik! „Wenn wir in zehn Jahren auf die derzeitige Energiekrise zurückblicken, könnten wir diese Zeit als Ausgangspunkt für eine beschleunigte Deindustrialisierung in Deutschland betrachten“, stellt der „Deutschland-Monitor“ der „Deutschen Bank Research“ resignierend fest.[4] Er bestätigt damit die Warnungen der AfD.

Für Andreas Lichert besteht die notwendige Antwort auf die Energiekrise in einer Erhöhung der steuerbaren Kraftwerkskapazitäten. Das bedeutet die Reaktivierung und den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken. „Das Klima wird sich dadurch nicht verändern“, stellt Lichert klar, „denn der Kohleausstieg ist ‚klimapolitisch‘ völlig sinnlos, da er global überhaupt keine CO_2-Emissionen einspart, wohl aber großen volkswirtschaftlichen Schaden in Deutschland anrichtet.“

Auch Klaus Gagel, der umweltpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, erläuterte in seiner Kritik des von grüner Ideologie strotzenden „Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Förderung des Klimaschutzes und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“, dass CO_2-Vermeidungsstrategien nutzlos sind: „Trotz 20 Jahren Klimakonferenzen, internationaler Klimaabkommen und der Etablierung erneuerbarer Energien hat sich weltweit keine Bremsung des Anstiegs von CO_2 ergeben.“

Neben den Kohlekraftwerken müssen auch die verbliebenen umweltfreundlichen Kernkraftwerke am Netz bleiben, wie die AfD-Fraktion im Landtag immer wieder deutlich gemacht hat. Darüber hinaus sollten die kürzlich stillgelegten Kernkraftwerke reaktiviert werden. Dafür sind neue Brennstäbe notwendig, die laut Industrie zeitnah zur Verfügung gestellt werden können – es fehlt bloß am politischen Willen der etablierten Parteien! Nur das klare Bekenntnis zu moderner und sicherer Kernkraft – weit über 2023 hinaus – kann eine Energiekatastrophe sicher abwenden. Diesen politischen Willen nicht zu haben, ist ein schweres Versäumnis und zeugt von der Verantwortungslosigkeit der Regierungen in Berlin und Wiesbaden. Die Energiewende ist offenkundig gescheitert. Statt ideologischer Scheuklappen und einer einseitigen Förderung der erneuerbaren Energien brauchen wir einen gesunden, technologieoffenen Energiemix. ■

[1] https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-09/industrie-produktion-energie-kosten-krise
[2] https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/700351/Teure-Energie-zwingt-Deutschlands-Industrie-in-die-Knie
[3] https://www.pressebox.de/pressemitteilung/herchenbach-industrie-zeltebau-gmbh/energiekrise-und-inflation-so-reagieren-unternehmen/boxid/1145209
[4] https://www.aktiv-online.de/news/energiekrise-bringt-ganze-branchen-der-deutschen-industrie-in-bedraengnis-17188

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

KRIMINALITÄTSANSTIEG IN HESSEN:
WIR FORDERN DUNKELFELDSTUDIE FÜR REALISTISCHES LAGEBILD

Es gibt kein realistisches Lagebild der **inneren Sicherheit** *in Hessen!*

Viele Hessen haben das Gefühl, dass die Städte immer unsicherer werden, obwohl die Regierung noch im vergangenen Jahr behauptete, die Kriminalität sei auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren. Mittlerweile ist die Kriminalität wieder auf Vor-Corona-Niveau angestiegen: 2022 gab es laut Kriminalstatistik 368.579 Straftaten in Hessen. Das sind 32.549 mehr als im Vorjahr. Doch wie aussagekräftig sind diese Zahlen überhaupt? Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Klaus Herrmann, erklärt: „Die Kriminalstatistik wiegt die Hessen in trügerischer Sicherheit.“ Wie in den Vorjahren wird vonseiten der Regierung beschönigt und gejubelt. Es wird mehr Wunsch als Wirklichkeit dargestellt. Über die tatsächliche Kriminalitätslage könnte nur eine Dunkelfeldstudie Aufschluss geben. Herrmann: „Wir fordern seit Jahren eine solche Studie, doch diese wird vom Innenminister und den Regierungsfraktionen immer wieder abgelehnt! Das zeigt, dass man gar kein Interesse daran hat, ein möglichst realistisches Lagebild zu erhalten.“
Die AfD fordert eine Dunkelfeldstudie, weil es sich bei der Kriminalstatistik um eine Hellfeldstatistik handelt, in die nur der Polizei und Justiz bekannt gewordene Straftaten einfließen. Wenn Menschen aus Angst, Scham oder Resignation keine Anzeige erstatten, werden diese Straftaten nicht berücksichtigt. Im Rotlichtmilieu oder beim Drogenhandel wird die Zahl der Straftaten massiv vom Kontrolldruck der Polizei

„Die Kriminalstatistik wiegt die Hessen in trügerischer Sicherheit.“
KLAUS HERRMANN

beeinflusst. Weniger Kontrollen führen zu weniger festgestellten Straftaten und damit zu niedrigeren Fallzahlen in der Statistik. Herrmann: „Wenn weniger Fälle angezeigt werden, führt das nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu weniger Sichtbarkeit! Wirklich bedrohlich sind zum Beispiel die stark gestiegenen Fälle bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Aber auch die wieder deutliche Zunahme der Straßenkriminalität. Wer hier von einer niedrigen Kriminalitätsbelastung und rückläufigen Straftaten spricht, blendet die Realität aus oder täuscht wider besserem Wissen die Öffentlichkeit.“ Wenn es dem Innenminister wirklich um eine realitätsnahe Darstellung der Sicherheitslage in Hessen ginge, wäre es an der Zeit, nicht länger die Augen vor der Wahrheit zu verschließen. Dazu gehört auch, Sachbeschädigungen und Gewalttaten von Linksextremisten nicht länger zu verharmlosen sowie weitere Investitionen in Ausstattung und Personal bei der Polizei zu veranlassen, um die Sicherheitslage in Hessen zu gewährleisten. Herrmann: „Wir als AfD möchten, dass sich die Bürger nicht nur in trügerischer Sicherheit wiegen, sondern tatsächlich auch sicher leben.“ Zuletzt hat die AfD am 23. Februar 2022 eine Dunkelfeldstudie im Landtag gefordert, alle anderen Fraktionen haben sie abgelehnt. Herrmann: „Die Altparteien haben einmal mehr bewiesen, dass bei ihnen nicht die Sicherheit der Bürger im Vordergrund steht, sondern der Kampf gegen die AfD um jeden Preis. Sie sind bereit, vernünftige politische Forderungen der AfD ohne Rücksicht auf einen möglichen Schaden für die Gesellschaft zu opfern. Wer noch Zweifel daran hatte, dass sich diese Altparteien gegenüber der AfD wie Block- oder Kartellparteien verhalten, wurde jetzt eindeutig eines Besseren belehrt.“ Eine Dunkelfeldstudie für Hessen wird die AfD dennoch weiterhin fordern. Denn auch der Verweis des Innenministers auf eine große Dunkelfeldstudie des Bundeskriminalamts (BKA) kann keine landesspezifische Dunkelfeldstudie ersetzen. Nur mit der AfD wird es ein realistischeres Lagebild der Kriminalität in Hessen und ein hartes Durchgreifen gegen Straftäter geben.

Hintergrund Dunkelfeldstudie
Straftaten, die nicht erkannt werden, gehören zum absoluten Dunkelfeld. Diese Taten bleiben dem Zugriff der Forschung verschlossen. Straftaten, die erkannt aber nicht angezeigt werden, gehören zum relativen Dunkelfeld. Hier kann die Forschung z. B. durch Befragung genauere Informationen zu Straftaten, Tätern und Opfern erlangen. Auch bestimmte Berufsgruppen, wie Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Sozialarbeiter können aufgrund ihrer Tätigkeit Kenntnisse von Vorfällen haben, die für die PKS relevant sind, aber der Polizei nicht bekannt werden. Diese Erkenntnisse die hier gewonnen werden, tragen zu einem realistischeren Kriminalitätslagebild bei. ■

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

KLAUS HERRMANN

Symbolbild: IMAGO / Frank Sorge

DER AfD-FRAKTIONSVORSITZENDE ROBERT LAMBROU ERLÄUTERT DAS SCHEITERN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG

Schwarz-Grün *hinterlässt einen Scherbenhaufen!*

HESSEN REPORT: Herr Lambrou, die AfD ist jetzt fast eine Legislaturperiode lang im Hessischen Landtag vertreten. Wie bewerten Sie diese Zeit?

Robert Lambrou: Ich bin unseren hessischen Wählern dankbar, dass ich in den vergangenen vier Jahren ihren Interessen im Landtag eine Stimme geben konnte. Mit der Flüchtlingskrise, der Corona-Krise und den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auch auf Hessen gab es viel zu tun und leider auch viel Regierungsversagen zu beklagen.

HESSEN REPORT: Wie konnte die AfD als Oppositionspartei denn Einfluss auf die Politik in Hessen nehmen?

Robert Lambrou: Die AfD ist die einzige Oppositionspartei, die noch bürgerlich-konservative und freiheitliche Werte vertritt. Wer sich eine andere, an bürgerlichen und traditionellen Werten orientierte Politik wünscht, wer eine Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft haben möchte und wer den Genderirrsinn nicht mehr ertragen kann, für den sind wir die einzige Alternative. Ohne uns kämen kritische Stimmen zur Migrationspolitik, zu den ausufernden Schulden und vielen anderen Themen im Landtag gar nicht vor. Damit können wir Druck auf die Regierung ausüben, die zu diesen Themen sonst nicht einmal Stellung beziehen müsste.

HESSEN REPORT: Jetzt sind Sie schon mitten in der politischen Bewertung Ihrer ersten Legislaturperiode ...

Robert Lambrou: Wir sprechen aus, was sich sonst keiner zu sagen traut, und das liegt auch daran, dass die CDU so weit nach links gerückt ist, dass sie sich kaum noch von den Grünen unterscheidet. Sie hat eine riesige Leerstelle in der politischen Mitte und dem demokratisch-rechten Parteienspektrum hinterlassen, die wir jetzt besetzen.

HESSEN REPORT: Da ist die CDU aber anderer Meinung ...

Robert Lambrou: Sie hat sich in weiten Teilen so weit vom bürgerlich-konservativen Spektrum entfernt, dass sie sich sogar von der Werte-Union distanziert. Die Wähler der CDU halten oft nur noch aus Tradition an der Partei fest und weil sie nicht wahrhaben wollen, wie sehr sich die Partei verändert hat. Viele haben sich aber auch von der CDU losgesagt und das zeigen die Wahlen: Vor 20 Jahren hatte die hessische CDU bei der Landtagswahl fast 50 Prozent; davon ist sie heute weit entfernt. Sie hat aber nicht nur konservative Positionen über Bord geworfen, sondern drängt auch immer mehr konservative Mitglieder wie einen Hans-Georg Maaßen heraus. Er wäre heute besser in der AfD aufgehoben als in einer CDU, die im „Kampf gegen Rechts“ an ihrem eigenen Ast sägt.

HESSEN REPORT: Dieser sogenannte „Kampf gegen Rechts“ funktioniert doch aber immer noch ganz gut.

Robert Lambrou: Die CDU hält zwar immer noch daran fest, zum Teil auch, weil sie sich von den linken Parteien dazu treiben lässt, aber es funktioniert in der Praxis immer weniger. Die Ausgrenzung der AfD sorgt dafür, dass aus zweifellos vorhandenen konservativen Mehrheiten keine Regierungen mehr gebildet werden können. Das werden mit der Zeit auch verständige Zeitgenossen bei CDU und FDP einsehen müssen. Der „Kampf gegen Rechts“ scheitert aber auch rechtlich und sachlich bereits an einigen Stellen.

HESSEN REPORT: Können Sie das etwas erläutern?

Robert Lambrou: Wir haben gerichtlich durchgesetzt, dass der hessische Verfassungsschutz die hessische AfD nicht mehr beobachten darf. Und bei der sachlichen Einsicht denke ich etwa an die Brandbriefe, die zahlreiche hessische Landräte von CDU und SPD an den Bundeskanzler geschrieben haben. Darin legen sie dar, dass die ungeregelte Einwanderung in den Kommunen nicht mehr bewältigt werden kann. Es fehlt an Platz, an Geld und an Personal. Im Landtag sind wir bislang die einzige Fraktion, die diese Probleme anspricht. Wir hoffen, dass die Regierung das dank unserer Hilfe nicht mehr länger ignoriert.

HESSEN REPORT: Sind Sie da nicht ein wenig zu optimistisch?

Robert Lambrou: Es gibt gute Gründe, zuversichtlich zu sein. Denken Sie an die Corona-Politik in Bund und Land. Auch hier waren wir die Einzigen, die immer wieder auf die Unverhältnismäßigkeit vieler Maßnahmen hingewiesen haben. Die Einzigen, die gegen die Aussetzung und Aushöhlung der Bürgerrechte protestiert haben, die sich gegen Lockdowns, Schulschließungen, Arbeits- und Besuchsverbote, gegen Impfpflicht und Masken-Tragen in der Öffentlichkeit ausgesprochen haben. Die Impfpflicht wurde übrigens wesentlich durch die AfD verhindert. Hessen hat die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln länger als fast alle anderen Bundesländer aufrechterhalten! Wir wurden beschimpft, weil wir eine Rückkehr zur Normalität forderten, aber mittlerweile sagt sogar Karl Lauterbach wortwörtlich, dass viele dieser Maßnahmen „Schwachsinn“ waren. Wohlgemerkt Maßnahmen, die er selbst verbissen durchgesetzt hat! Aber er war nicht der Einzige, auch wenn die CDU jetzt so tut, als hätte sie damit nichts zu tun. Auch in Hessen hat die Landesregierung mit ihrer Corona-Politik einen Scherbenhaufen hinterlassen.

HESSEN REPORT: Inwiefern?

Robert Lambrou: Zum einen hat sie ungeheures Leid bei den Menschen verursacht. Ich denke hier vor allem an die Kinder und Jugendlichen, die nicht zur Schule gehen durften, die in ineffektivem Distanzunterricht beschult wurden. Sie mussten dadurch schwerwiegende Bildungsdefizite hinnehmen. Viele sind durch die soziale Isolation vereinsamt, haben Depressionen und andere Krankheiten entwickelt. Und dann denke ich an die alten Menschen, denen Besuche ihrer Angehörigen verwehrt wurden. Und natürlich an die hessischen Unternehmen, die diese politisch verschuldete Krise durchstehen mussten. Zum anderen hat die Landesregierung mit ihrem sogenannten Corona-Sondervermögen gegen die hessische Verfassung verstoßen. Es ist eine bedeutsame Leistung der AfD-Fraktion in dieser Legislaturperiode, dass wir diesen Verfassungsbruch 2021 vor Gericht stoppen konnten.

HESSEN REPORT: Könnten Sie das bitte etwas erklären?

Robert Lambrou: Die Landesregierung hat mit ihrem „Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz“ das Budgetrecht des Landtags verletzt und die Schuldenbremse missachtet. Um dieses „Sondervermögen“ über 12 Mrd. Euro durchzudrücken, die angeblich zur Bewältigung der Corona-Folgen gedacht waren, hat Schwarz-Grün sogar die Abstimmungsregeln geändert, sodass zur Aussetzung der in der hessischen Verfassung verankerten Schuldenbremse nun statt einer Zweidrittelmehrheit eine einfache Mehrheit ausreichend ist. Die Politik der Landesregierung folgte dabei demselben Muster wie die Bundesregierung. Sie setzte sich bedenkenlos über unsere Verfassung hinweg. Es ist erschreckend, in welchem Maß während der Corona-Krise Verfassungsprinzipien missachtet, Grundrechte ausgehebelt und elementare bürgerliche Freiheitsgesetze verletzt wurden. Noch vor wenigen Jahren hatte ich für undenkbar gehalten, dass dies in einem demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik möglich sein könnte. Was mir Mut gemacht hat: Zahllose Bürger sind auf die Straße gegangen, haben in den sozialen Netzwerken protestiert, sind für eine freie Impfentscheidung und gegen die Ausgrenzung Ungeimpfter aufgestanden. Ich bin all diesen Menschen dankbar, die sich in dieser Zeit für Freiheit und Bürgerrechte eingesetzt haben. Allein schon beschönigende Begriffe wie „Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz“ und „Sondervermögen“ erinnern mich teils an George Orwells „1984“.

HESSEN REPORT: Sie meinen, weil das „Vermögen“ eigentlich nur kreditfinanziert ist?

Robert Lambrou: Genau. Was Schwarz-Grün „Sondervermögen“ nennt, ist eigentlich ein Schuldenberg. Überhaupt hat die Landesregierung riesige Schulden angehäuft.

HESSEN REPORT: Können Sie dazu ein paar Zahlen nennen?

Robert Lambrou: Sehr gerne. Das Land hatte in seinen Büchern zum Ende des Jahres 2021 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag in Höhe von rund 129 Mrd. Euro. Dieser Fehlbetrag wird weiter anwachsen. Schuld sind die hohen Fehlbeträge im schwarz-grünen Doppelhaushalt für 2023 und 2024. Die Defizite werden laut Haushaltsplan bei knapp 7 bzw. 6 Mrd. Euro pro Jahr liegen. Diese Verbindlichkeiten werden noch künftige Generationen belasten. Sie müssen mit ihren Steuern die Schulden abtragen, die von CDU-geführten Regierungen heute aufgehäuft werden. Auch der Hessische Rechnungshof sieht Diese Schuldenorgie mit Sorge und fordert eine dringende Kehrtwende. Als gelernter Kaufmann kann ich über die verantwortungslose Schuldenmentalität auf Kosten unserer Jugend und Zukunft nur den Kopf schütteln. Wäre Hessen ein Unternehmen, wäre es jetzt pleite. Die AfD-Fraktion hat daher 140 Änderungsantrage zu diesem Doppelhaushalt eingereicht.

HESSEN REPORT: Was war dabei Ihre wesentliche Stoßrichtung?

Robert Lambrou: Uns geht es darum, die Steuerzahler zu entlasten und gleichzeitig Schulden zu tilgen. Dies ist möglich, wenn man auf ideologische Projekte bei der Migrations-, Klima- und Genderpolitik verzichtet. Wir wollen vielmehr 93 Mio. Euro in die MINT-Fächer sowie in die Humanmedizin an unseren Hochschulen investieren und die Sicherheit der Bürger stärken. Eine vernünftige Politik fördert den bürgerlichen Mittelstand und hilft jungen Familien dabei, sich Wohneigentum leisten zu können. Zu diesem Zweck möchten wir beispielsweise die Grunderwerbssteuer um ein Drittel senken. Auch unsinnige Bau- und Sanierungsvorschriften sind abzuschaffen, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Die Regierung macht jedoch das Gegenteil: Sie verabschiedet ein Klimaschutzgesetz, das höhere Baukosten durch noch mehr bürokratische Vorgaben nach sich zieht und auch die Energie- und Spritkosten in die Höhe treibt. Und das trotz steigender Preise in allen

Bereichen! Für Normalverdiener wird das Leben in Deutschland allmählich unbezahlbar – trotzdem halten sämtliche etablierten Parteien weiterhin an ihrer Politik der „offenen Grenzen“ fest. Die Ampel-Koalition will mit dem Bürgergeld und den geplanten Erleichterungen bei der Einbürgerung sogar noch weitere Pull-Faktoren schaffen. Dadurch wird der Wohnraum noch knapper und teurer, insbesondere für diejenigen, die ihn nicht vom Staat bezahlt bekommen. Das ist doch absurd! Würde das Land Hessen seine eigenen Vorgaben zur Verschlankung der Verwaltung umsetzen, könnten allein dadurch etwa 175 Mio. Euro im Jahr eingespart werden, die woanders besser investiert wären. Besonderes Einsparpotenzial sehen wir natürlich auch bei der Migrationspolitik: Hier könnte man sogar auf rund 250 Mio. Euro zurückgreifen. Anstatt Leistungsträger und sozial Schwache zu entlasten, betreibt Schwarz-Grün Klientelpolitik für „woke“ Minderheiten und bläht die bürokratischen Apparate immer weiter auf.

HESSEN REPORT: Haben Sie auch dafür ein Beispiel?

Robert Lambrou: Ich denke hier etwa an das sogenannte „Gesetz zur Verbesserung der Integration und Teilhabe und zur Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt“. Ein linksgrünes Phrasen-Ungeheuer mit viel Wohlfühl-Wortgeklingel, denn wer ist nicht für Integration, Teilhabe und Vielfalt? Tatsächlich ist das Gesetz aber diskriminierend, bürokratisch und leistungsfeindlich. Meiner Auffassung nach sollten allein Eignung, Leistung und Befähigung dafür entscheidend sein, ob jemand einen Arbeitsplatz bekommt, und nicht Herkunft, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Ähnliches. Der Landesregierung geht es aber darum, den Anteil von Mitarbeitern „mit Migrationsgeschichte“, in der Verwaltung zu steigern. Die Qualifikation wird dabei nebensächlich. Das ist linke Quotenpolitik, die zur Diskriminierung hessischer Bürger ohne Migrationshintergrund führt. Wir lehnen eine solch ideologisierte Politik entschieden ab, und auch daran sehen Sie, dass wir als einzige Partei im Landtag noch für bürgerliche Prinzipien wie Leistung und Leistungsbereitschaft eintreten. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich an Behörden wenden, wollen kompetent bedient werden. Dabei ist es ihnen doch egal, ob ein Verwaltungsmitarbeiter einen Migrationshintergrund hat oder nicht. Auch den zugewanderten Bürgern Hessens ist mit linker Identitäts- und Diskriminierungspolitik nicht geholfen. Das sage ich Ihnen als jemand, dessen Vater selbst aus Griechenland eingewandert ist. Von einer Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft, einer mittelstandsorientierten Politik statt schwarz-grüner Bevormundung und Regulierungssucht profitieren letztlich alle Bürger. Unser schönes Land hat etwas Besseres verdient als eine Regierung, die sich immer weiter von diesen Prinzipien abwendet.

HESSEN REPORT: Herr Lambrou, ich danke Ihnen für das Gespräch!

Robert Lambrou, geb. am 12. September 1967, ist seit dem 18. Januar 2019 Vorsitzender der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag und einer der beiden Vorsitzenden der hessischen AfD. ■

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

EINER GANZEN GENERATION DROHEN LANGJÄHRIGE SCHÄDEN DURCH DIE CORONA-POLITIK

Wir müssen uns jetzt für die Zukunft **unserer Jugend** *starkmachen!*

Angstpolitik und Bildungskatastrophe

Kinder und Jugendliche gehörten zu den größten Leidtragenden der Corona-Politik. Die AfD hat als einzige Partei im Landtag immer wieder darauf aufmerksam gemacht, wie sehr Schulschließungen, Fernunterricht und Maskenzwang an Schulen die Bildungschancen einer ganzen Generation beeinträchtigen. Leider wurden unsere eindringlichen Hinweise von der hessischen Landesregierung ignoriert. Uns wurde vorgeworfen, das Virus zu „verharmlosen" oder gar zu „leugnen". Mittlerweile hat das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) unsere Warnungen bestätigt. Der im Auftrag der Kultusministerkonferenz erstellte IQB-Bildungstrend, bei dem von April bis August 2021 26.844 Viertklässler aus allen Bundesländern hinsichtlich ihrer Leistungen in Deutsch und Mathematik getestet wurden, zeigt, dass sich der Anteil der Kinder, die die Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz verfehlen, erheblich vermehrt hat.[1] Auch die Unterschiede zwischen leistungsstarken und -schwachen Schülern haben sich verstärkt. Auf erschreckende Weise ist insbesondere die Lesekompetenz zurückgegangen, wie eine andere wichtige Studie des Instituts für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund belegt:[2] 4.000 getestete Viertklässler wiesen 2021 nach gut einem Jahr pandemiebezogener Einschränkungen eine „substanziell geringere" Lesekompetenz auf als gleichaltrige Kinder 2016. Heiko Scholz, der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, ist darüber äußerst besorgt. Die Schuldigen an dieser Bildungskatastrophe müssen seiner Auffassung nach klar benannt werden: „Es waren die Bundes- und Landesregierungen, die mit ihrer Angstpolitik keine Rücksicht auf die Bedürfnisse von ‚Schule' allgemein und Kindern im Speziellen genommen haben." Sie haben die Warnungen renommierter Kinder- und Jugendärzte, Bildungsforscher und Pädagogen sträflich ignoriert. „Durch den häufigen Wechsel zwischen Distanz- und Präsenzlernen, Unterrichtsausfällen oder hybriden Modellen in Hessen, kombiniert mit einer die Unterrichtsqualität massiv einschränkenden Lüftungs-, Test- und Maskenpflicht an den Schulen, wurden Schüler, Lehrer und Eltern unter massiven Stress gesetzt."
Nur die AfD-Fraktion hat sich, beispielsweise mit ihrem Antrag zum „Effektiven Präsenzunterricht an den hessischen Schulen während des Pandemie-Zustandes", für offene Schulen stark gemacht. Immer wieder haben wir alternative Maßnahmen im Landtag gefordert, etwa die Ausstattung aller Klassenräume mit Lüftungsgeräten mit Klimafunktion und Frischluftzufuhr oder schulspezifische Pandemiekonzepte, aber sämtliche Vorschläge wurden von der schwarz-grünen Regierungskoalition zurückgewiesen oder verhöhnt.
Nun ist der Bildungsrückstand so groß, dass er durch Nachhilfeprogramme allein nicht mehr aufgeholt werden kann. „Hier bedarf es ganzheitlicher pädagogischer Konzepte", macht Scholz deutlich, „die jedem Schüler hinsichtlich seines individuellen Förderbedarfs entgegenkommen. Das ist nur von den jeweiligen Klassenlehrern zu leisten. An dieser Stelle darf es keine Denkverbote geben; etwa was einen mit zusätzlichen Entlohnungen für die Lehrkräfte verbundenen, temporären Samstagsunterricht für die betroffenen Schüler angeht. Ansonsten steht zu befürchten, dass die betroffenen Kinder ihre Leseprobleme – und damit ist auch immer eine Schreibschwäche verbunden – über ihre ganze weitere Schullaufbahn und sogar ins Berufsleben weitertragen." Mit der von der Landesregierung vorgesehenen – beschämend niedrigen – Fördersumme von etwa 90 Euro pro Schüler und Schuljahr wird man die klaffenden Lern- und Wissenslücken nicht schließen können. Zum Wohl unserer Kinder müssen jetzt besondere Anstrengungen erfolgen. Die schwarz-grüne Regierung ist dazu jedoch nicht bereit. Sie weigert sich beharrlich, Verantwortung für die Bildungskatastrophe zu übernehmen, obwohl sogar Karl Lauterbach als einer der Haupttreiber der Corona-Maßnahmenpandemie mittlerweile zugeben musste, dass die Schulschließungen „ein Fehler" waren.[3]

Dramatische Zunahme psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen

Die ignoranten Schulschließungen der Landesregierung hatten nicht nur einen beispiellosen Bildungsverfall zur Folge, sondern führten auch zu einer immensen Zunahme psychischer und physischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Depressionen, Schlaf- und Essstörungen haben beängstigende Dimensionen angenommen. Die Zahl der Suizidversuche junger Menschen ist infolge sozialer Isolation und verstärkter Zukunftsängste um das Dreifache angestiegen!
Selbst das Robert-Koch-Institut, das die Corona-Politik von Bundes- und Landesregierung mit den gewünschten Begründungen versorgte, machte nun eine Kehrtwende und bestätigte die Argumente der AfD im Nachhinein: „Der überwiegende Teil der bis zur zweiten Pandemiewelle durchgeführten Studien zeigte eine relevante Verschlechterung des Wohlbefindens und der psychischen Gesundheit von Kindern

[1] https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/bildungsstudie-viertklaessler-101.html
[2] https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-studie-lesefaehigkeiten-viertklaessler-100.html
[3] https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-lauterbach-schulschliessung-100.html

„Es waren die Bundes- und Landesregierungen, die mit ihrer Angstpolitik keine Rücksicht auf die Bedürfnisse von ‚Schule' allgemein und Kindern im Speziellen genommen haben."

Heiko Scholz, AfD

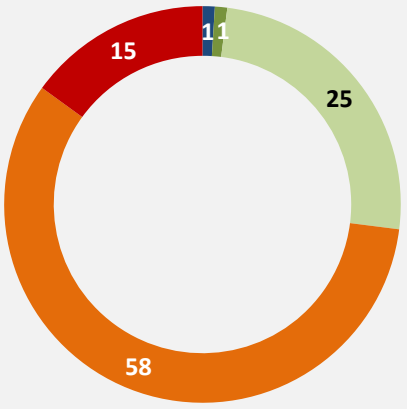
und Jugendlichen“, resümiert ein Autorenteam des RKI.[4] Insgesamt hat es 39 Studien ausgewertet, die nachweisen, dass Kinder und Jugendliche auf die Belastungen während der Pandemie deutlich sensibler und vulnerabler reagierten als Erwachsene.
Neben dem unpersönlichen Distanzunterricht haben auch die sinnlosen Massentestungen und Maskenpflichten zu dieser besorgniserregenden Entwicklung beigetragen, deren langfristige Folgen nicht einmal ansatzweise abzuschätzen sind. Hinzu kam die verantwortungslose Agitation für eine faktische Impfpflicht. So „appellierte“ etwa Hessens Kultusminister Lorz eindringlich an Eltern und Schüler, sich impfen zu lassen.
Die AfD hat sich jedem direkten oder indirekten Impfzwang entgegengestellt. Heiko Scholz wies den „Appell“ entschieden zurück: „Weder sind oder waren Schüler je Treiber der Pandemie, noch gehören sie zu einer Risikogruppe“, stellte er klar. Darüber hinaus empfahl auch die STIKO, bevor der politische Druck zu groß wurde, Kinder nur dann zu impfen, wenn sie individuell ein besonderes Risiko haben, etwa aufgrund von Vorerkrankungen. Die von der Landesregierung vorangetriebenen Impfaktionen waren folglich übergriffig und gefährdeten das Kindeswohl. Viele junge Menschen wurden zu einer Impfung gedrängt, die für sie mit unverhältnismäßigen Risiken verbunden war. Vor allem männliche Jugendliche und junge Männer erkrankten infolge der mRNA-Impfung überproportional häufig an Herzerkrankungen wie Myokarditis, was inzwischen durch zahlreiche internationale Studien belegt ist. Für die allermeisten bestand keine medizinische Notwendigkeit, das Risiko schwerer Impfnebenwirkungen oder gar dauerhafter Impfschäden auf sich zu nehmen. Weder erkrankten Kinder und Jugendliche schwer noch füllten sie die Intensivstationen.
Zudem waren Kinder nie „Pandemietreiber“, wie immer wieder behauptet wurde. Mit Entsetzen denkt man heute an die Angstmache zurück, der Kinder ausgesetzt waren. Ohne jede wissenschaftliche Evidenz haben ihnen verantwortungslose Politiker eingetrichtert, sie könnten ihre Großeltern töten, wenn sie sie besuchen würden. Spielplätze, Sporthallen und Jugendclubs wurden geschlossen. All das war ebenso unsinnig wie das Tragen von FFP2- und medizinischen Masken, deren Nutzlosigkeit zur Eindämmung der Pandemie eine umfassende Metastudie kürzlich erwiesen hat.[5]
Der einzige Effekt, den all die willkürlichen, oft rechts- und verfassungswidrigen Corona-Maßnahmen hatten, war eine Spaltung der Gesellschaft, die noch lange fortwirken wird. Dies betrifft nicht nur die Entfremdung und den oft hasserfüllten Streit zwischen Geimpften und Ungeimpften, der ungezählte Familien entzweit hat, sondern auch das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Nahezu alle Versprechungen, die mit der Impfung verbunden wurden, mussten nach und nach zurückgenommen werden: Weder schützt die Impfung vor einer Erkrankung noch davor, andere anzustecken. Auch vor einem schweren Verlauf schützt sie nicht sicher und dauerhaft. Und sie ist alles andere als „nebenwirkungsfrei“, wie Lauterbach im August 2021 faktenfrei verkündete.[6]
Es hat sich gezeigt, dass sämtliche Warnungen der AfD, vor allem im Hinblick auf die enorme Schädigung unserer Jugend, berechtigt waren.
Der kontinuierlichen Forderung der AfD-Fraktion bezüglich der Einsetzung einer ausreichenden Anzahl von Schulpsychologen zur Abmilderung der verheerenden psychosozialen Auswirkungen der verfehlten Corona-Politik auf unsere Kinder und Jugendlichen als auch Lehrer, begegneten die Altparteien stets mit vehementer Ablehnung. Auch dieses Ziel werden wir weiter verfolgen.
Eine solche Katastrophe darf sich nicht wiederholen. Wir können das Vergangene nicht rückgängig machen, aber wir müssen alles dafür tun, um die schädlichen Folgen zu minimieren. Die AfD hat dazu im Landtag vielfältige Vorschläge vorgelegt, die endlich umgesetzt werden müssen. ■

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

HEIKO SCHOLZ

73 % der Lehrer schätzen die Lernrückstände der Schüler als groß ein

Umfrage: Wie groß schätzen Lehrer in ihren Klassen die aktuellen Lernrückstände ein, die in den beiden Schuljahren durch Corona entstanden sind? in %



es gibt keine | sehr gering | gering | groß | sehr groß

Quelle:
1) Bayerischer Philologenverband, Umfrage: „Psychosoziale Probleme der Schüler endlich ernst nehmen“, 08.02.2022

[4] https://www.pnp.de/nachrichten/politik/rki-mehr-psychische-belastungen-bei-kindern-in-der-pandemie-10471336
[5] https://www.cochranelibrary.com/cdsr/doi/10.1002/14651858.CD006207.pub6/epdf/abstract
[6] https://twitter.com/karl_lauterbach/status/1426323236019650564

Symbolbild: IMAGO / BildFunkMV

„ZU VIELE FLÜCHTLINGE AUFGENOMMEN“: MEHRHEIT DER BEVÖLKERUNG UNTERSTÜTZT AFD-POSITION!

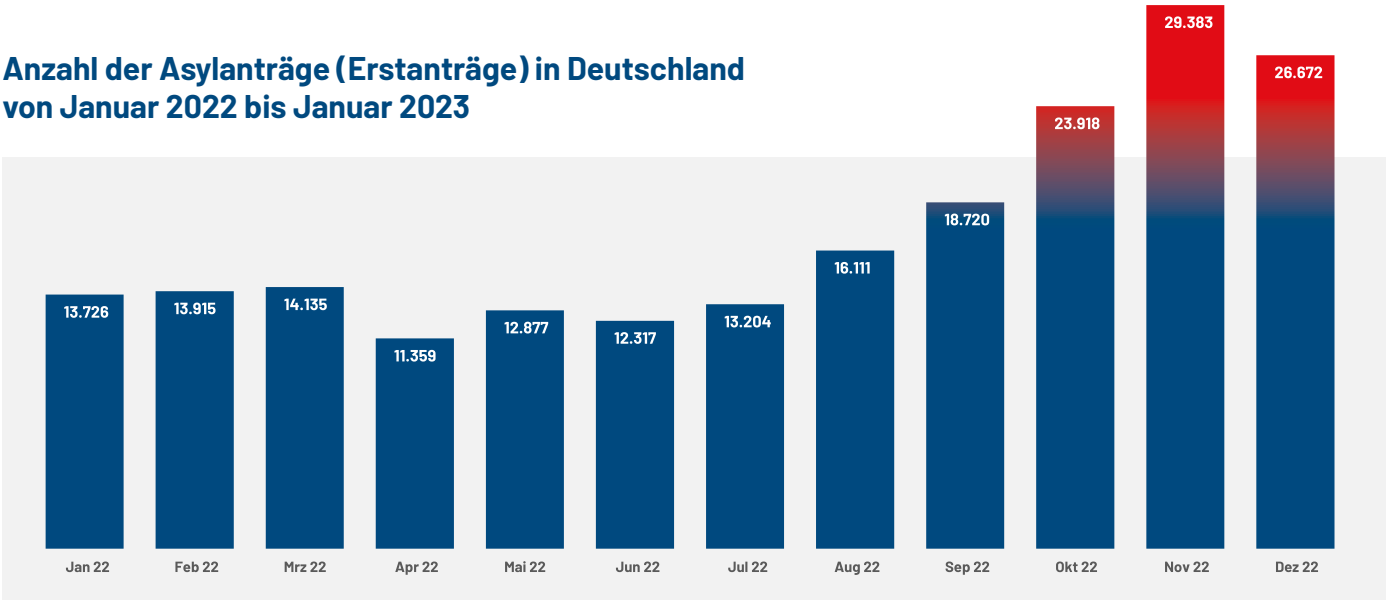
Sogar hessische SPD-Kommunalpolitiker kritisieren Faesers *radikale Migrationspolitik*

Der gegenwärtige Zustrom von Migranten hat längst das Niveau von Merkels Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 erreicht. Im vergangenen Jahr beantragten laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 217.774 Menschen in Deutschland Asyl[1]. Die meisten von ihnen kamen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, der Türkei und anderen islamischen Ländern. Zusätzlich flohen mehr als eine Million Ukrainer seit Kriegsbeginn nach Deutschland. Sie brauchen kein Asylverfahren zu durchlaufen, sondern können ohne jede Prüfung bei uns bleiben und Sozialleistungen beziehen. Hessens Kommunen werden der Lage kaum noch Herr; den Bürgern drohen untragbare Zustände mit wachsender Kriminalität und zunehmender Verarmung, aber die Altparteien halten stur an ihrer Politik der „offenen Grenzen“ fest. Nur die AfD fordert die hessische Landesregierung immer wieder auf, endlich der Realität ins Auge zu sehen und auf Bundesebene einen sofortigen Aufnahmestopp für Migranten in Hessen zu verlangen. Der sozial- und migrationspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Volker Richter, mahnte, dass angesichts der „Flüchtlingskrise XXL“ mit Migrationsbewegungen von Hunderttausenden Menschen über die Balkanroute und die Türkei sowie aus der Ukraine und Russland endlich geprüft werden muss, „wer tatsächlich an Leib und Leben bedroht ist“. Dies ist jedoch „nicht geschehen und geschieht weiterhin nicht. Die Integration von Millionen Einwanderern seit 2015 „ist längst noch nicht abgeschlossen und in weiten Teilen sogar nachhaltig gescheitert.“ Noch immer bestehen „Pull-Faktoren, durch die immer mehr Migranten nach Deutschland und Hessen angezogen werden und zudem vor Ort einer Vielzahl von Menschen nicht geholfen wird, nur damit sich bei uns einige moralisch erhöhen können. Das ist Politik auf Kosten von Leid und Elend!“, so Richter. „In vielen kommunalen Selbstverwaltungen wurden allein in diesem Jahr doppelt so viele Flüchtlinge untergebracht wie im gesamten Jahr 2015!“

Das unermüdliche Engagement der AfD zeigt jedoch Wirkung: Zahlreiche hessische SPD-Kommunalpolitiker griffen unsere Vorschläge zur Bewältigung der Migrationskrise auf. In einem Brandbrief an Bundeskanzler Olaf Scholz forderte der Landrat des Main-Taunus-Kreises, Michael Cyriax, gemeinsam mit zwölf Bürgermeistern und weiteren kommunalen Mandatsträgern einen Richtungswechsel. Unter den Unterzeichnern war auch Alexander Immisch, der SPD-Bürgermeister von Schwalbach, der Heimatgemeinde von Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Klaus Herrmann, der innenpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, zeigte sich erfreut, „dass es in der SPD noch Kommunalpolitiker mit Verstand gibt, die die Probleme genauso klar ansprechen wie die AfD und sich unseren Forderungen anschließen.“ Dies verdeutlicht einmal mehr, „dass die AfD die einzige Partei ist, die von Anfang an diese Probleme aufgezeigt, deutlich Stellung bezogen und eine konsequente Lösung angestrebt hat.“ Zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms ist es nun „dringend notwendig, endlich die bestehenden Gesetze anzuwenden und keine weiteren Anreize zu setzen, um Wirtschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere nach Hessen zu locken.“ Es sollte der Innenministerin und hessischen SPD-Spitzenkandidatin zu denken geben, dass ihre Parteifreunde vor Ort sie so deutlich an ihre Pflicht erinnern, die unkontrollierte und illegale Zuwanderung nach Deutschland zu unterbinden. Stattdessen heizt die Ampel-Regierung die Migration durch Bürgergeld-Versprechen und Einbürgerungserleichterungen noch weiter an.

Leider wirkt sich die realitätsblinde

Anzahl der Asylanträge (Erstanträge) in Deutschland von Januar 2022 bis Januar 2023



Migrationspolitik auch verheerend an unseren Schulen aus. Unter dem Verfall des hessischen Bildungssystems leiden einheimische Schüler und solche mit Migrationshintergrund gleichermaßen. Selbst der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands, Hans-Peter Meidinger, musste nach den Silvesterkrawallen das Integrationsdefizit an unseren Schulen benennen. Die Vorfälle seien vorrangig eine „Frage der Werteerziehung“, die von vielen Elternhäusern heute nicht mehr geleistet oder an die Schulen übertragen werde. Meidinger forderte deshalb eine „Migrantenhöchstquote“ für Schulklassen, da bereits ab einem Anteil von 35 Prozent Schülern mit Migrationshintergrund die Leistung einer Klasse signifikant abnehme[2]. Nach Auffassung der AfD können Quoten jedoch keine Lösung sein. Vielmehr müssen die Ursachen der Probleme angegangen werden, anstatt nur an den Symptomen herumzukurieren. Heiko Scholz, der bildungspolitische Sprecher der hessischen AfD-Fraktion, stellt dazu klar: „An Schulen mit Migrantenquoten von zuweilen über 90 Prozent kann keine Integration stattfinden.“ Eine Migrantenhöchstquote ist in der Praxis aber kaum durchsetzbar. In den USA hat man in den 1970er-Jahren Kinder zwangsweise per Bus in entferntere Schulen gebracht, um eine Durchmischung der Schüler zu erreichen. Dieses sogenannte „Busing“ stieß bei Eltern, Schülern und Lehrern verständlicherweise auf massive Kritik und wurde schließlich für verfassungswidrig erklärt, da es das Recht auf freie Schulwahl verletzte. Auch pädagogisch waren diese Versuche nicht von Erfolg gekrönt. Die zunehmenden Probleme mit der ungeregelten Migration in unser Land „löst man nicht mit Migrantenhöchstquoten in Schulen, sondern durch den Rückgriff auf bewährte pädagogische Methoden, mit starken Lehrerpersönlichkeiten, die von den Schulleitungen und der Politik die nötige Unterstützung und Rückendeckung erfahren, sowie einen konsequent durchgreifenden Polizei- und Justizapparat“, führte Scholz aus. Dazu gehöre selbstverständlich auch „die konsequente Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsanspruch“.

Die realitätsbasierte, verfassungskonforme und politisch gebotene Position der AfD spiegelt die Meinung der Bevölkerungsmehrheit wider: 51 Prozent der Deutschen sind laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA im Auftrag der „Bild am Sonntag“ von Januar 2023 der Auffassung, dass Deutschland zu viele Flüchtlinge aufgenommen hat[3]. Dennoch zwingt die hessische Landesregierung gemeinsam mit der Bundesregierung den Bürgern weiterhin eine selbstzerstörerische und widerrechtliche Politik der „offenen Grenzen“ auf. Es bedarf endlich einer fundamentalen Wende in der Migrationspolitik! Nur die AfD-Fraktion ist dazu bereit. ■

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

VOLKER RICHTER

Steigerung im Vergleich zum Vorjahr

+50 %

966.000

Asylanträge im vergangenen Jahr in Europa

Quelle: EU-Asylagentur (EUAA)

[1] www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Asylzahlen/asylzahlen-node.html
[2] www.n-tv.de/panorama/Lehrerverband-Praesident-Meidinger-fordert-Migrantenquote-fuer-Schulklassen-article23823514.html
[3] www.welt.de/politik/deutschland/article243604171/Umfrage-Bundesbuerger-wollen-weniger-Fluechtlinge-im-Land.html

Im vergangenen Jahr sind rund eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen; in den ersten Monaten des Jahres 2023 ging der Zustrom unvermindert weiter. Die AfD-Fraktion im Hessischen Landtag hat sich unmittelbar nach dem Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs dafür ausgesprochen, die Ukraine humanitär zu unterstützen und ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Unser Abgeordneter Karl Hermann Bolldorf hat es in seiner Plenarrede am 29. März 2022 als politische und ethische Pflicht bezeichnet, den Leidtragenden zu helfen, und den hessischen Bürgern den Dank der AfD zum Ausdruck gebracht.
Aber auch die größte Hilfsbereitschaft stößt an ihre Grenzen, wenn sie die Kräfte der Helfenden überfordert. Und diese Grenzen sind längst erreicht, zumal die von den Altparteien verschuldete Energiekrise die Bürger ohnehin schon extrem belastet.
Es ist daher verständlich – und bestätigt die Position der AfD –, wenn hessische Landräte verschiedener Parteien im Februar einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik forderten. Landrat Bernd Woide (CDU) aus Fulda sah die Kommunen bei der Unterbringung der Geflüchteten am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt. Dem Kreis Fulda wurden 2022 insgesamt 4.416 Flüchtlinge zugewiesen. Sein Vogelsberger Kollege Manfred Görig (SPD) schlug ebenfalls Alarm. Der Vogelsbergkreis hat 1.850 Flüchtlinge im letzten Jahr aufgenommen, darunter 1.350 aus der Ukraine. 2022 war die Zahl der Geflüchteten größer als in den beiden Krisenjahren 2015 und 2016 zusammen!
Der enorme Zuzug erhöht die Nachfrage nach Wohnungen und treibt die Mietpreise in die Höhe. Laut dem Immobiliendienstleister Empirica Regio ist bis Ende dieses Jahres mit 600.000 zusätzlichen Haushalten in Deutschland zu rechnen.
Die Politik der offenen Grenzen für jedermann muss ein Ende haben. Illegal eingereiste und kriminelle Migranten müssen endlich abgeschoben werden! Nur dadurch werden Kapazitäten frei, um wirklich politisch Verfolgten und ukrainischen Kriegsflüchtlingen temporär zu helfen.
Als AfD treten wir für Solidarität mit der Ukraine ein. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir in den Chor der Russlandhasser und Kriegstreiber einstimmen. Wir unterscheiden zwischen dem brutalen und skrupellosen Präsidenten Putin und dem russischen Volk. Und wir erheben klar Einspruch, wenn russische Bürger oder Russlanddeutsche diskriminiert werden, wenn russische Künstler Auftrittsverbote erhalten oder Unternehmen pauschal sanktioniert werden.
Zudem sind bei Sanktionen stets Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen. Offenkundig haben die westlichen Sanktionen Russland wenig geschadet, wenn seine Wirtschaftsleistung 2022 nur um rund 3 Prozent zurückgegangen ist, wie die Abteilung für Wirtschaft und Soziales der Vereinten Nationen schätzt. Immer mehr deutsche Bürger gehen daher davon aus, dass die Russland-Sanktionen Deutschland sogar mehr geschadet haben als Russland. Sie zeigen damit ein deutlich besseres Urteilsvermögen als Bundeswirtschaftsminister Habeck.
Es ist nicht möglich, ein Land wie Russland dauerhaft zu isolieren. Dies widerspricht auch unseren ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen. Nach Kriegsende muss mit einem politisch erneuerten Russland wieder eine friedliche Zusammenarbeit erfolgen. Bis dahin machen wir uns als AfD dafür stark, alle diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, um Verhandlungen zwischen den Kriegsgegnern zu erreichen. Eine weitere Eskalation des Kriegs ist unbedingt zu vermeiden; daher warnen wir vor einem Überbietungswettbewerb bei den Waffenlieferungen in die Ukraine. Anstatt weiter die Bundesregierung bei ihrer einseitigen und hochgefährlichen Russlandpolitik zu unterstützen, sollte die Hessische Landesregierung lieber auf einen friedlichen Dialog setzen. Wir halten es für einen schweren Fehler, die langjährige Partnerschaft Hessens mit der russischen Region Jaroslawl auszusetzen. Dies war ein fatales Signal für die russisch-hessischen Beziehungen und ganz besonders auch für die Menschen in Russland, die sich dem Krieg entgegenstellen und für demokratische Reformen engagieren. Deutschland und Hessen müssen für friedlichen Austausch eintreten. ■

AFD-FRAKTION FÜR EINE VERANTWORTUNGSVOLLE RUSSLANDPOLITIK

Die Sanktionen *haben unserem Land mehr geschadet als Russland*

QR-CODE: ARTIKEL ONLINE LESEN!

Für Sie im hessischen **Landtag!**

KARL HERMANN BOLLDORF

ARNO ENNERS

KLAUS GAGEL

DIRK GAW

DR. FRANK GROBE

ERICH HEIDKAMP

KLAUS HERRMANN

ROBERT LAMBROU

WEITERE INFORMATIONEN ZUM JEWEILIGEN ABGEORDNETEN
ERHALTEN SIE ÜBER DIE INDIVIDUELLEN QR-CODES.

www.afd-fraktion-hessen.de

ANDREAS LICHERT

VOLKER RICHTER

GERHARD SCHENK

HEIKO SCHOLZ

DIMITRI SCHULZ

BERND-ERICH VOHL

IMPRESSUM

HESSEN REPORT
Ausgabe April 2023

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Hessischen Landtag
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Robert Lambrou (Fraktionsvorsitzender)

AfD-Fraktion
im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611-350 466
afd-info@ltg.hessen.de

Diese Publikation dient der Information und darf weder in einem Wahlkampf noch zur Parteienwerbung eingesetzt werden.

Unser schönes Land hat etwas Besseres verdient als eine Regierung der Bevormundung und Regulierungssucht, die sich immer weiter von der sozialen Marktwirtschaft abwendet.

AfD
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

www.afd-fraktion-hessen.de